

ANFRAGE von Paul Mayer (SVP, Marthalen) und Paul von Euw (SVP, Bauma)
betreffend Unterstützung für Lehrlingsausbildung

Während des Corona-Lockdowns wurde der Präsenzunterricht für sämtliche Schulen, auch der Sekundarstufe II, vom 14. März bis zum 7. Juni 2020 eingestellt. Für diverse Ausbildungsorte für gewerbliche Berufe, namentlich ÜK-Zentren, war der von der Regierung proklamierte Fernunterricht nicht möglich, da diese zu einem überwiegenden Teil praktische Arbeiten ausbilden. Mehrere ÜK-Zentren haben demzufolge einen gravierenden Ertragsausfall bzw. Mehraufwendungen, um die ausgefallenen Kurse für eine faire Ausbildung aller Lernenden nachzuholen. Diese Massnahmen fallen bis weit ins zweite Semester 2020 an. Diese Mehraufwendungen können zum Beispiel sein: Höherer Personalaufwand, da infolge Corona-Massnahmen statt 12 nur 5 Lernende pro Klasse beschult werden können. Siehe dazu die Ausbildungsstätte Metaltec Zürich-Schaffhausen. Ein weiteres Beispiel ist die Umsetzung und Einhaltung der Schutzmassnahmen, welche für ein ÜK-Zentrum mehrere 100'000 Franken betragen. Zudem waren einige Kurszentren gezwungen, Kurzarbeit für die Zeit des Lockdowns anzufordern. Diese Gesuche wurden durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit unter Vorbehalt bewilligt. Der Grund für den Vorbehalt ist die Begründung, die ÜK-Zentren würden durch die Beiträge der Mitglieder des jeweiligen Berufsverbandes finanziert, was so nicht stimmt. Die Gelder werden über Kursgebühren von Lehrbetrieben, welche nicht zwingend Verbandsmitglied sind, erhoben. Zudem verpflichten sich ÜK-Zentren keinen Gewinn zu realisieren.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Warum werden vom Amt für Wirtschaft und Arbeit die Kurzarbeitsgesuche für private Verbandsschulen als fragwürdig betrachtet und wo liegt in dieser Betrachtung der Unterschied zwischen Vereinsorganisationen und Aktiengesellschaften / GmbH?
2. Hat der Kanton Zürich Möglichkeiten, ÜK-Zentren mit öffentlichem Leistungsauftrag finanziell soweit zu unterstützen, dass eine faire Ausbildung für Lernende möglich ist und dabei der finanzielle Schaden der Zentren durch Corona-Massnahmen ausgeglichen wird?
3. Wie gewichtet der Regierungsrat die berufliche Grundbildung gegenüber der Mittelschul-ausbildung?

Paul Mayer
Paul von Euw